

Ob zu [Corona](#), zu [Klimafragen](#) oder für [Antirassismus](#) – die Bundesregierung beruft immer wieder einmal einen Expertenrat ein, der sie berät. Bisher nur nicht im Waffenrecht. Das führte dazu, dass es trotz zahlreicher Mahnungen von Experten und Betroffenen in den letzten Jahren immer wieder zu Verschärfungen und gesetzlichen Neuformulierungen gekommen ist, die später rückgängig gemacht werden mussten (siehe [Spielzeugrichtlinie und Waffen < 0,5 Joule in 2020](#)) oder die zu gerichtlichen Urteilen geführt haben, die reine Auslegungssache sind (siehe [Bedürfnisprüfung bei Waffen über dem Grundkontingent nach § 14 Abs. 6 WaffG](#)).

Zudem sind einige Regelungen und Formulierungen praxisfremd und hinderlich im Umgang mit dem Gesetz.

Der VDB fordert, einen Expertenrat „Waffenrecht“ zu gründen!

- Gremien und Betroffene kommen zusammen, um gemeinsam eine praxisgerechte Neufassung zu formulieren
- gesammelte Expertise für die Neufassung des Gesetzes, damit ein Gesetz geschaffen wird, das konsequent vollziehbar ist und damit ein wirkliches Mehr an Sicherheit bringt
- Verschiedenste Aspekte – insbesondere aber auch die Folgen etwaiger Formulierungen – können vor der Entscheidung von allen Seiten beleuchtet und in die Abwägung einbezogen werden
 - **Beteiligte sind**
 - **Politik:** Bundesinnenministerium, Waffenberichterstatter der Parteien und Länder
 - **Ministerien und Behörden:** Bundesverwaltungsamt, BAFA
 - **Vollzug:** Bundeskriminalamt, Landeskriminalämter, Waffenbehörden, Zoll
 - **Verbände:** Handels-, Schützen- und Jagdverbände, Polizeigewerkschaften
 - **Justiz:** Fachanwälte für das Waffenrecht
 - **Forschende:** zum Thema Waffen, Gewalt und Kriminalität
- Gesetz wird aus der Praxis heraus formuliert, was Akzeptanz und Transparenz stärkt
- Waffenbehörden werden durch praxisgerechte Regelungen entlastet
- Die Justiz wird entlastet, da weniger Urteile zur Auslegung nötig sind
- Waffenbesitzer laufen durch leichter verständliche Regelungen nicht so sehr Gefahr, unbeabsichtigt gegen das Gesetz zu verstoßen
- Der Waffenfachhandel wird aufgrund entfallender Bürokratie entlastet und damit gestärkt